

Dresdener Volkszeitung

Postkassens: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlags- u. Druck-Verlag, Dresden
Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, R.-G. Dresden,
Schr. Kumbach, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Frachtkosten mit der nächsten Nummer
Leitung: Dresden, Wilsch, Rühl, Wilsch, Rühl, Wilsch, Rühl
Telegraphisch: Wilsch, Rühl, Wilsch, Rühl, Wilsch, Rühl

Verlagsleitung: Wetzlarerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2591, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wetzlarerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2591 und 12702.
Verlagszeitung von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatszei-
tung 30 Pf., die 30 mm breite Wochenzeitschrift 200 Pf., für auswärtige
Abnehmer 40 Pf. und 250 Pf. Familienabonnements, Stellen- und Anzei-
genpreise 40 Gros. Abdruck für die Verlagsleitung 10 Pf.

Nr. 51

Dresden, Mittwoch den 29. Februar 1928

39. Jahrg.

Balkangespanster

Die jüngste Regierungskrise in Süd-
slawien, die eben durch eine leichte Umfärbung des
Kabinetts Bukitschewitsch ihre höchst zweifelhafte
Lösung gefunden hat, warf in jedem einzelnen ihrer Ab-
schlüsse einen scharfen Lichtkegel auf das, was man am
Polen Parlamentarismus zu heißen pflegt. Vergeblich
wurde von der Krone nacheinander den Vertretern von vier
politischen Gruppen der Auftrag zur Bildung eines Kon-
zentrationenkabinetts auf breiter Grundlage erteilt. Nicht
wenig unlösliche politische Probleme dem im Wege standen,
sondern weil sie persönliche Machtsprüche ineinander ver-
flochten, kam bei all diesen kampfhaften Versuchen nichts
heraus, und die Krise trat sich mit jedem Tage, um den sie
verlief, tiefer in den Staatskörper ein. Wäghälser
erhielt schon in den Kulisien geklopft hatte, selbsthaftig auf
der Bühne, und zwar bejubelt nicht von den „dunklen
Mächten“, die im Hintergrunde auf ihre Stunde lauern,
sondern aus der parlamentarischen Welt selber gerufen.

Die wiedererstandene Regierung Bukitschewitsch
wird von ihren Anhängern ein Kabinet zur Ver-
teidigung des parlamentarischen Regimes
gegen die Diktaturgefahr genannt. Daran mag ein Störchen
Bahrheit sein, aber mit dem Gegenstand der Verteidigung,
dem parlamentarischen Regime, ist es nicht weit her. Zwar
bestimmt § 1 der südslawischen Verfassung, daß der Staat
eine verfassungsmäßige, parlamentarische Monarchie zu sein
hat, und der bekannte Belgrader Staatsrechtler Slobodan
Nowanowitsch erläutert diesen Artikel dahin, „daß der
Bürger die Minister nicht nach seinem Gutdünken aus-
wählen darf, sondern sie aus der Mehrheit der Stupjatsina
wählen muß“. In Wahrheit aber ist der südslawische wie
der balkanische Parlamentarismus überhaupt eine Maschine,
deren Räder ständig durch Sand an reibungslosen Lauf-
schienen sind. Wohl ist überall dort, wo es in dem halben
Jahrtausend Türkenherrschaft an einer einheimischen Ober-
macht fehlte, in den Massen ein urwüchsiges demo-
kratisches Grundtrieb höchst lebendig, aber es ge-
hört an der Möglichkeit, diesen Instinkt in eine wirkende
politische Kraft überzuführen. Außerhalb der Politik ist viel-
mehr wahre Demokratie als innerhalb der Politik. Die
modernen Gesellschaftsklassen, für deren Interessen
der Parlamentarismus die gegebene Kampf- und Aus-
drucksform ist, sind in den wirtschaftlich rückständigen
Balkanländern erst in leichten Umrissen angebeutet. Statt
der festgewurzten Bourgeoisie gibt es nur ein junges,
wachstüchsiges und geldgieriges Bürgertum, die Arbeiter-
klasse ist, auf Umfang und Knochengerüst angesehen, recht
schwach, und der überwiegende Teil des Volkes, die Bauern-
schaft, steht sich in ihrer Mehrheit schon durch die Unmög-
lichkeit, Gebrauchs- wie Zeitungen und Flugblätter, zu
lesen, an die Peripherie der Politik geschoben. Hier Demo-
kratie, verdrängt durch Analphabetismus, dort Parlemen-
tarismus, verwässert durch Mangel an politischer Ueber-
lieferung und Erfahrung — das drückt dem ganzen öffent-
lichen Leben in Südslawien den Stempel auf.

Das wieder erlaubt jeder Regierung, durch Wahl-
korrumpion und Wahlterror die Art an die Wurzel eines
modernen Parlamentarismus zu legen. Das bewirkt weiter-
hin die Zerbröckelung in zu viele kleine, der Stupkraft ent-
behrende Parteien, für deren Sonderdasein ein wahrer
Grund nicht vorliegt. Das verurteilt schließlich die Arbeit
der Stupjatsina zur vollkommenen Unfruchtbarkeit und
führt den Einfluß der „dunklen Mächte“ hinter dem Vor-
sitz: das persönliche Regiment erscheint wieder als
der einzig ruhende Pol in der parlamentarischen Er-
scheinungen Welt. Und wie keine Stupjatsina in dem
modernen Staat ihre Arbeitsperiode völlig abgelesen hat, wie
vor der Zeit aufgelöst wurde, so ist auch noch keine der
alten Regierungen auf dem üblichen Wege im Parlament,
als jede durch Einwirkung von außen gestürzt worden.
Nur wird auch das bisherige Ansehen, das die Stupjatsina
widerstand noch genießt, mit jedem Jahre mehr verwirrt,
als sich die Herren Bukitschewitsch und Korol-
owitsch samt Genossen zur Eidesleistung vor dem Monarchen
hin aufstellen, erinnerten sie noch mehr als ihre
Vorgänger an ein Trauergefolge, das im Leichenzug
des Parlamentarismus einherzöchtet.

Das Tragische aber ist, daß auch das arme gedrückte
Volk durch die Mißwirtschaft seiner Herrschenden, die zum
Verrichten unfähig sind, immer ärmer und gedrückter
wird.

Die Heiligkeit der Ehe

Reaktionärer Vorstoß zur Vereinfachung der Scheidungsreform
D. Der Rechtsausschuß des Reichstags befaßte
sich am Dienstag mit der Ehegesetzreform, die inzwischen
einen Entwurf so weit gefördert worden ist, daß den
Antragenden der von uns bereits veröffentlichte Antrag zugrunde
gelegt werden konnte. Dieser Antrag verfolgt den Zweck, eine
Vereinfachung und bei Durchführung der Ehe zu ermöglichen.
Der Eintritt in die Eheordnung machten die Ab-
gänger (Zentr.) und Freitag, Freitag, Freitag (Zentr., Sp.)
sowie die Abgeordneten gegen die Vereinfachung der ganzen Materie, indem
sie sich darauf beriefen, daß die Ehegesetzreform nicht so
leicht sei und auch nicht in das Reformprogramm aufgenommen sei.

das der jetzige Reichstag noch erledigen solle. Unsere Abgeordneten
Landsberg und Rosenfeld traten diesem Vereinfachungs-
versuch entgegen, indem sie darauf hinwiesen, daß der Reichstag
lange genug die Ehegesetzreform beraten und sie nun
endlich zum Abschluß bringen müsse.

Die Vereinfachung der Ehegesetzreform sei unbedingt notwendig und
dürfe nicht wieder vertagt werden. Dieser Auffassung traten auch
die Vertreter der Demokraten und der Volkspartei bei, worauf der
Ausschuß mit 14 gegen die 12 Stimmen der Deutschnationalen,
des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Wirt-
schaftspartei den Antrag auf Zurückstellung der Ehegesetzungs-
reform ablehnte.

In der sachlichen Beratung liefen die Abg. Pflieger
(Zentr., Sp.), Freitag, Freitag, Freitag (Zentr., Sp.),
Kamppe (Wirtsch.-P.), Frau Weber (Zentr.) gegen die Ehe-
gesetzreform Sturm. Sie arbeiteten mit den alten Ein-
wendungen, daß „die Heiligkeit“ der Ehe aufrechterhalten werden
und man jede Lockerung des ehelichen Bandes verhindern müsse.
Dr. Rosenfeld erklärte für die sozialdemokratische Fraktion,
daß sie nach den bisherigen Erörterungen über die Ehegesetzungs-
reform in vielen Stadien des Rechtsauschusses und seines
Unterausschusses kein Bedürfnis mehr fühlte, nochmals die
ganzen Fragen eingehend zu erörtern. Die sozialdemokratische
Partei habe viel weitergehende Forderungen erhoben, als sie in dem
vorliegenden Antrag sah und Genossen vorzuschlagen seien. Die
Sozialdemokratie würde auch versuchen, diesen Antrag noch zu ver-
bessern.

Abg. Kahl (D. Sp.) führte aus, daß auch die Anhänger
der Reform des Ehegesetzes keineswegs eine leichtfertige
Auffassung von der Ehe hätten, daß sie vielmehr
gerade im Interesse der Aufrechterhaltung der Reinheit der Ehe
gegen die Aufrechterhaltung des jetzigen Rechtszustandes seien.
Es herrsche eine unermessliche Not, da häufig Ehegesetzungs-
gründe künstlich geschaffen werden und der Richter auf Scheidung
erkenne, obwohl er wisse, daß er von den Parteien bei der Dar-
stellung angeblicher Ehegesetzungsgründe angelogen worden sei.
Eine Ehe, die innerlich gebrochen sei, dürfe nicht mehr
sorgfältig werden, sonst läge nur eine Scheinehe vor, die dem
heiligen Charakter der Ehe verleihe. Die Entwicklung der Tatsa-
chen fordere eine Ehegesetzungsreform durch die Ehegesetzungs-
reform, und man müsse der Entwicklung der Tatsachen folgen. — Dienstag:
Fortsetzung.

Zentrum für Vorkriegszeit. Die Zentrumsfraktion des
Reichstags beschloß am Dienstag, entgegen der Haltung ihrer
preussischen Minister, der im Etat angeforderten ersten Rate für
den wirtschäftlichen Bau eines Vorkriegszeit auszusammensetzen. Aus
Rücksicht auf die deutschnationalen Vorkriegszeitgenossen!

Die Legende von Löwen

Von Hermann Wendel

Selbst die alte Stadt Löwen mußte in Selbst-
verteidigung und zum Schutze seiner Truppen ge-
stört werden. Mein Herz blutet...

Kur die Wahrheit bringt die Wiedererzählung
der Väter. Die Behörden von Löwen, 1927.

Wenn vielfach in Deutschland auch Anhänger ehrlicher
Friedenspolitik glauben, der Wiedererzählung der Väter
diene am besten, wer möglichst wenig an die grausamen
Wunden der Jahre 1914 bis 1918 rühre, kommt man in
Wirklichkeit mit Schweigen, mit Verschweigen nicht weiter.
Daß etwa von allen ehemals gegnerischen Ländern Belgien
die Kriegsgewinnung am ehesten nachzuhalten scheint, liegt
nicht an der besonderen Vortierigkeit der Brüsseler Chau-
vinisten, sondern hängt mit den immer wieder in Deutsch-
land erneuerten Versuchen zusammen, die Verletzung der bel-
gischen Neutralität und die Massenerschießungen belgischer
Zivilisten im August 1914 zu rechtfertigen. Ehe über diese
Dinge ein auch uns sehr erwünschtes Gras wachsen kann,
muß durch unerbittliche Wahrheitsjuche der Boden entgiftet
werden. Das aber verpricht Erfolg. Als an dieser Stelle
im September letzten Jahres zwei Leitartikel „Völkerricht
und Weltkrieg“ die Ergebnisse des Reichstags-Unter-
suchungsausschusses über die Vorgänge in Belgien
eine Katastrophe nannten und darlegten, daß es einen organi-
sierten Frankfurterkrieg nennenswerten Umfangs in Belgien
wahrscheinlich nie gegeben habe, heulten zwar die schwarz-
weißen Völkerverweigerer getroffen auf, aber ein Belgier,
Zeitschriftenredakteur und Redakteur an dem katholischen „Kappel“,
bestätigte aus freien Stücken, daß solche Darlegungen dem
Verständnisgedanken mehr nützen, „als Hunderte von
dummen, unwarhen, unhistorischen Büchern“.

Gegen das Gutachten des Sachverständigen, der jenen
Reichstagsausschuß über die belgischen Dinge zu unter-
richten hatte, kehrt sich eine kleine Schrift des Wömerer Uni-
versitätsprofessors Hermann Ranence, die unter dem
Titel „Die Legende der Frankfurter von
Löwen“ dieser Tage in mehreren Sprachen gleichzeitig
erschienen ist. Schon unsere erwähnten Leitartikel waren
diesem „Sachverständigen“, dem Universitätsprofessor und
Belgischen Hofrat Dr. Meurer in Würzburg, wegen der

AN DIE PARTEI!

Der Bürgerblock ist tot. Der Kampf um die Erneuerung des politischen Lebens in Deutschland hat begonnen.
Dieser Kampf wird schwer sein. Die Arbeiterklasse kann ihn nur dann siegreich durchführen, wenn sie sich mit dem Aus-
gebot aller Kräfte auf den Gegner wirft.
Mit riesigen Geldmitteln sind die Bürgerblockparteien für den Wahlkampf ausgerüstet.
Hinter ihnen steht das Großkapital, das auf Kosten der proletarischen Schichten seine wirtschaftliche Stellung neu be-
festigt hat und nun danach trachtet, auch politisch die Oberhand zu gewinnen.
Hinter ihnen steht der Großgrundbesitz, der seinen Verfall durch neue Auswanderung der Massen aufzuhalten sucht.
Hinter ihnen stehen die Monarchisten, die Nationalisten und die Militaristen, die es noch immer nicht verschmerzen
können, daß die Republik keine Vorrechte der Geburt, des Standes und des Besitzes zulassen will.
Die arbeitende Bevölkerung kämpft allein. Aber gerade das ist ihre Stärke: die Millionen in Stadt und Land, die von
ihrer Hände oder ihrer Köpfe Arbeit leben, sind ihren Widersachern gewachsen, wenn sie einzig zusammenschließen.
Die Arbeit gegen das Kapital.
Das ist der Schlachtruf, mit dem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Wahlkampf 1928 zieht.
Aber zum Kriegsführen gehört noch immer Geld, gehört heute noch mehr Geld als je zuvor. Und darum verpflichten wir
an unsere Parteigenossen, an die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, an alle alten und jungen Streiter im Be-
freiungskampf des Proletariats: Zeigt eure in Jahrzehnten bewährte Opferwilligkeit, sorgt für Munition für den Kampf.

sammelt freiwillige Beiträge für den Wahlkampf

für eure Partei, die Sozialdemokratie!

Keine Versammlung ohne die Losung: „Partei im Kampf!“
Kein Betrieb ohne den Willen: „Partei im Kampf!“
Keine gesellige Veranstaltung ohne den Ruf: „Partei im Kampf!“

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Wir wissen, daß unser Appell an eure Opferfreudigkeit begeisterten Widerhall finden wird.
Die Partei ruft! Wer will zurückbleiben?

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle Geldsammlungen sind abzuliefern an das
Bezirkssekretariat, Dresden-N., Wetzlarerplatz 10 + Parteisekretariat Zittau, Neustadt 31 + Parteisekretariat
Lößau, Promenadenstraße 12 + Parteisekretariat Bauen, Heringstraße 2 + Parteisekretariat
Groß-Dresden, Dresden-N., Wetzlarerplatz 10 + Parteisekretariat Freital-Po., Friedrich-Ebert-Platz 3
Parteisekretariat Meißen, Meißen, Fährmannstraße 16 + Parteisekretariat Pirna, Ramenzer Str. 16
Parteisekretariat Freiberg, Resselgasse 2.